

Martin Mlynarski

Zur Integration staatlicher und europäischer Verfassungsidentität

Das europäische Demokratieprinzip des Art. 2 EUV als Maßstab der europäischen Vertragsänderungsverfahren?



Das Bundesverfassungsgericht hat für eine Änderung der europäischen Verträge hohe Hürden errichtet, die es mit der staatlichen Verfassungsidentität und dem darin enthaltenen staatlichen Demokratieprinzip begründet. Martin Mlynarski zeigt auf, dass sich die daraus folgende Schwerfälligkeit europäischer Vertragsänderungen durch eine Integration staatlicher und europäischer Verfassungsidentität überwinden lässt. Nach einer Untersuchung der verfassungsdogmatischen Begründungen durch die deutsche, französische und europäische Rechtsprechung legt er das Augenmerk auf die unterschiedlichen verfassungstheoretischen Begründungen staatlicher und europäischer Verfassungsidentität. Neben dem staatlichen rückt dadurch auch das europäische Demokratieprinzip des Art. 2 EUV als Maßstab der europäischen Vertragsänderungsverfahren in den Fokus. Dies eröffnet neue Interpretations- und Handlungsspielräume.

Martin Mlynarski Studium der Rechtswissenschaft in Berlin, Seoul und Paris; 2009 Erstes Juristisches Staatsexamen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht in Berlin; Rechtsreferendariat am Kammergericht in Berlin; 2012 Zweites Juristisches Staatsexamen; 2021 Promotion (HU Berlin).
<https://orcid.org/0000-0002-6756-5597>

2021. XXI, 422 Seiten. EuDÖR 37

ISBN 978-3-16-161051-6

DOI 10.1628/978-3-16-161051-6

eBook PDF 109,00 €

ISBN 978-3-16-161050-9

fadengeheftete Broschur 109,00 €

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/buch/zur-integration-staatlicher-und-europaeischer-verfassungsidentitaet-9783161610516?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-17

Telefax: +49 (0)7071-51104



Mohr Siebeck

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG

Postfach 2040

D-72010 Tübingen

info@mohrsiebeck.com

www.mohrsiebeck.com